



Chaos-Tage



Seite 3

Rekommunalisierung



Seite 4

Sekundarschule



Seite 5

Aus BVV und Ausschüssen

Buch im Visier



Die erste Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) im neuen Jahr begann mit der Einwohnerfragestunde, in der ein Bürger um Unterstützung bei der Gründung einer Bürgerstiftung bat.

Danach befassten wir uns mit einem Dringlichkeitsantrag von SPD und CDU, der sich gegen die Folgen der geplanten Modernisierung von Wohnungen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft HoWoGe in Berlin-Buch wandte. Leider ist darin der Protest gegen die mietenunfreundliche Vorgehensweise der HoWoGe mit dem gleichzeitigen Aussetzen der Gespräche des Bezirksamtes über ein neues Bürgerzentrum verbunden worden. Im Interesse der Bucher schien uns das nicht, und die Linksfraktion beantragte, dass das Aussetzen der Gespräche in Bezug auf das Bürgerzentrum aus dem Antrag gestrichen

wird. Das hatte kein Erfolg.

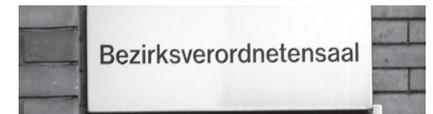
Im Bericht des Bezirksamtes wurden wir über das Aus zur beantragten Förderung für das „Life Science Center“, einem Zentrum für Lebenswissenschaften, in Berlin-Buch informiert. Das zuständige Bundesministerium stuft es als nicht förderfähig ein. Damit fand ein fast zehn Jahre dauernder Prozess seinen vorläufigen Abschluss.

Auf der Tagesordnung der BVV standen 41 Drucksachen. Erwartungsgemäß wurden nicht alle abgearbeitet. Auf der Fortsetzungs-BVV wird es nun auch um die Benennung der Grünfläche am südlichen Antonplatz nach dem ersten Oberbürgermeister nach der Wende in Ostberlin, Tino Schwierzina (SPD) gehen. Nachdem die Fraktionen der CDU, FDP und Grünen sowie einige aus der SPD die Benennung dieser Fläche nach dem weltweit bekannten

Wirtschaftshistoriker und Weißenseer Bürger Jürgen Kuczynski in der vorigen BVV verhindert hatten, schlagen sie nun Schwierzina vor. Damit wird nicht nur das Anliegen von Bürgern ignoriert, die die Benennung nach Kuczynski initiiert hatten, sondern es wird auch das bisher übliche Verfahren zur Namensgebung umgangen. Nun soll künftig parteipolitisch in der BVV nach den jeweiligen Mehrheiten über Namensgebungen entschieden werden. Das hält die Linksfraktion für falsch!

Mit großer Mehrheit wurde dann ein Antrag der FDP abgelehnt, das Hundeverbot auf dem Kollwitzplatz aufzuheben.

Axel Bielefeldt
Bezirksverordneter



Der Vogel hebt nicht ab



In den nächsten Wochen könnte eine Idee begraben werden, die in den letzten acht Jahren für kühne Höhenflüge und reichlich Aufregung in der Pankower Kommunalpolitik gesorgt hat.

Die Rede ist vom Life-Science-Center (LSC), das um die Jahrtausendwende von Bucher Akteuren um den Forschungscampus als touristisches Glanzstück der Wissenschaftsvermittlung erdacht wurde und nach Fertigstellung jährlich 300.000 Besucher in den etwas entlegenen Ortsteil Pankows locken sollte.

Von Anfang an stellte sich die Frage der Finanzierung und nach dem die Bucher Erfinder mit ihrem Antrag auf Förderung nicht zum Zuge kamen, erbot sich das Bezirksamt im Jahr 2002, gedrängt durch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), das Vorhaben zu unterstützen.

Begleitet von freundlichen Worten mehr oder weniger zuständiger Senatsverwaltungen nahm die Geschichte ihren Lauf und verhalf über die Jahre einer Reihe von Bezirkspolitikern und Verwaltungsmitarbeitern zu Expertenwissen in

Sachen Life-Science, zu diversen Fördertöpfen in Bund und EU, über Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Ausschreibungsmodalitäten und die Bedeutung von Interessenbekundungen und Absichtserklärungen. Obwohl Ort und bauliche Gestalt wechselten - vom kompletten Neubau in Bahnhofsnähe zum denkmalgerechten Umbau des maroden Waldhauses - schien immer klar, dass 22 bis 30 Millionen Euro, davon ca. 20 Millionen Euro Fördermittel für touristische Infrastruktur, zur Errichtung des LSC reichen sollten.

Trotz der offensichtliche Überdehnung bezirklicher Zuständigkeiten und des Risikos, sich mit dieser Sache vollständig zu überheben und den Bezirk bei Unwirtschaftlichkeit der Haftung auszusetzen, drängte eine Mehrheit von SPD- und CDU-Verordneten das Bezirksamt 2009 den Fördermittelantrag an die Senatsverwaltung für Wirtschaft zu stellen.

Eine erste wohlwollende Prüfung ergab, dass das LSC als „touristische Basiseinrichtung“ grundsätzlich strukturpolitisch wünschenswert sei. Offen blieb eine Reihe



von Fragen zur Kostenplausibilität, Wirtschaftlichkeit und Trägerschaft. Verabredet wurde die bis dahin vermutete grundsätzliche Förderfähigkeit durch den Bund zu prüfen.

Seit Ende Januar ist nun bekannt, dass die erhoffte Förderung nicht erreicht werden kann. Der Bezirksbürgermeister möchte diese Situation in einer Sitzung des Steuerungsausschuss Buch thematisieren, da dort auch die Senatsverwaltungen teilnehmen, die bisher die Idee vom LSC befeuert haben.

Ob es noch mal gelingt, das inzwischen zu Forscherschloss und Geniefabrik mutierte LSC zum Fliegen zu bringen, muss abgewartet werden. Eine Bruchlandung könnte dem Bezirk und dem Land Berlin einigen Ärger beschern.

Burkhard Kleinert
Bezirksverordneter

Chaos-Tage bei der S-Bahn

S-Bahn in öffentliche Hand

Fast ein Jahr dauern bereits die Chaos-Tage bei der Berliner S-Bahn. Die Berliner und die Gäste der Stadt sind die Leidtragenden. Nicht die Mitarbeiter haben die Wartung an Rädern und Achsen schleifen lassen. Das waren Manager, denen alles Recht ist, was Rendite bringt. Das macht uns wütend. extraDrei sprach mit Jutta Matuschek, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus:

Wer ist Schuld an dem ganzen Desaster?

Die Deutsche Bahn AG (DB AG) - und damit auch die Berliner S-Bahn - ist ein öffentliches Unternehmen. Eigentümer ist der Bund. Er gab der Unternehmensführung freie Hand, um das Unternehmen an die Börse zu bringen. Diesen Auftrag haben Ex-Bahnchef Mehdorn und Co. versucht, mit allen Mitteln umzusetzen. Im Klartext: Der Eigentümer hat es zugelassen, dass das Renditeinteresse über das Interesse der Daseinsvorsorge gestellt wurde.

Was kann man tun, damit die S-Bahn in die öffentliche Hand Berlins kommt?

Wenn der Bund versagt, muss eben ein anderer öffentlicher Eigentümer - das Land Berlin - die S-Bahn übernehmen und als kommunales Unternehmen ausschließlich im öffentlichen Interesse führen.

Welches Szenario ist dafür denkbar?

Möglich sind mehrere Optionen, die wir prüfen. Die einvernehmliche Übertragung auf Berlin wäre sehr schnell möglich. Dies lehnt die DB AG bislang jedoch strikt ab.

Denkbar wäre, ein eigenes Berliner Unternehmen, ein neues oder auch die BVG, mit dem Verkehrsauftrag der S-Bahn ab 2017 zu betrauen. Da wir bis dahin aber keine ausreichend große eigene Fahrzeugflotte haben werden, kann man zunächst nur so viel Verkehrsleistung der S-Bahn abnehmen, wie man mit ca. 200 Fahrzeugen erbringen kann. In diesem Fall würden wir den Beschäftigten der S-Bahn anbieten, zu den bisherigen Tarifkonditionen in das neue Unternehmen zu wechseln und damit die Arbeitsplätze



sichern.

Was kostet das?

Für die komplette Übernahme der S-Bahn muss diese bewertet und dann über den Preis verhandelt werden. Bei den anderen Optionen sind Zusatzkosten eigentlich nur für eine neue Betriebswerkstatt nötig. Die sonstigen Kosten für die Bezahlung der Verkehrsverträge wären ähnlich hoch wie heute. Wir als Land hätten dann aber die volle Verfügungsgewalt über den Mitteleinsatz im Unternehmen selbst. Jetzt ist es so, dass die DB AG einen Gewinn durch Verzicht auf Investitionen und Wartung aus der S-Bahn herauspresst und ihn für den Ankauf von Expeditionen oder den Neubau von Eisenbahnen in der ganzen Welt verwendet. Das wäre bei einem eigenen Unternehmen ausgeschlossen.

In welchen Zeiträumen könnte eine solche Übernahme erfolgen und wie stehen die Chancen?

Das wird man sehen. Ziel ist die Etablierung eines kommunalen Unternehmens auf einem Netz.

Wie verhalten sich die anderen Parteien dazu?

Die SPD hat sich klar zur Kommunalisierung der S-Bahn bekannt. Über die Wege dorthin sind wir mit dem Koalitionspartner im Gespräch. Grüne und FDP hingegen wollen die S-Bahn in mehrere klei-

ne private Unternehmen zerschlagen, die CDU bevorzugt die Privatisierung im Ganzen.

S-Bahn, Bewag, Gasag, Wasserbetriebe – Berlin kann nicht alles zurückkaufen, was die große Koalition in den 90ern verscherbelt hat.

Kaufen kann man nur, wenn jemand auch verkaufen möchte. Da kann Berlin sicher auf die heutigen Eigentümer einwirken, aber nichts erzwingen. Die S-Bahn ist bei der DB AG aufgrund einer Klausel aus dem Einigungsvertrag. Damals wurde auf kommunale Interessen gar nicht geachtet. Da hieß es nur: S-Bahn ist Eisenbahn und die Eisenbahn bekommt der Bund.

Was glaubst Du, wann die S-Bahn wieder im richtigen Takt rollt?

Da der Bestand von ca. 630 Fahrzeugen kurzfristig nicht zu erhöhen ist, hängt alles davon ab, wie schnell die S-Bahn durch die Wiederinbetriebnahme der Werkstätten Friedrichsfelde und Erkner und die Einstellung zusätzlicher Beschäftigter ihre Wartungskapazitäten hochfahren kann. Friedrichsfelde ist nun eröffnet, aber ein Betrieb nach Fahrplan wäre in diesem Jahr noch nicht mit den nötigen Zuglängen möglich.

Interview:
Gisela Blank

Rekommunalisierung II

Wasser Marsch



Im Jahr 1999 haben wir Berliner Linken vergeblich gegen die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB) an ein Konsortium aus RWE und Veolia gekämpft. Die versprochenen sinkenden Wasserpreise sind seither ausgeblieben. Stattdessen ist in vertraulichen Verträgen geregelt, dass über 30 Jahre eine satte Rendite für das Investorenkapital anfällt. Die Preise steigen dagegen.

Aktuell ist das Abgeordnetenhaus mit dem Volksbegehren zur Offenlegung dieser Verträge befasst. DIE LINKE steht seit Jahren für die Veröffentlichung. Das Volksbegehren ist deshalb eine Unterstützung unserer Position. Es gibt allerdings ein Problem: Berlin hat sich 1999 vertraglich auf die Geheimhaltung der Verträge eingelassen. So kollidiert der rot-rote politische Wille zur Offenlegung mit der schwarz-roten Geheimhaltungsverpflichtung, die Berlin seinerzeit verabredet hat.

Wirtschaftssenator Harald Wolf

(LINKE) führt seit zwei Jahren Gespräche mit Veolia und RWE, um die beidseitige Aufhebung dieser Vereinbarung zu erreichen – bislang erfolglos. Aber das ist kein Grund zum Nachgeben. Im Januar hat das Parlament mit rot-roter Mehrheit den politischen Willen formuliert, eine Offenlegung und Veränderung der Verträge im Interesse der Berlinerinnen und Berliner zu erreichen. Es wird weiter verhandelt und öffentlich Druck auf RWE und Veolia gemacht.

LINKE, SPD und Grüne beraten gegenwärtig eine Gesetzesänderung, die für die Zukunft Geheimverträge in der Daseinsvorsorge verbietet. Vertrauliche Klauseln sollen auf das unveränderbare, weil bundesrechtlich vorgeschriebene Minimum reduziert bleiben. Alle Verträge sind zu veröffentlichen. Auch rückwirkend sollen Verträge in diesem Rahmen offengelegt werden können, selbst wenn die privaten Investoren widersprechen – das betrifft auch die „Wasserverträge“.

DIE LINKE bleibt aber dabei: Die Geheimverträge sind nicht unser Hauptproblem. Das ist immer noch die Teilprivatisierung als solche. Wassermonopole sind öffentlich und müssen es wieder werden. Das ist unser Ziel.

Klaus Lederer

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Erfolgreich gegen Dumping-Löhne



Die Debatte um die Niedriglöhne bei Schlecker hat die öffentliche Diskussion um Lohndumping neu angeheizt. Eine der Akteure in dieser Auseinandersetzung ist der Dachverband der Christlichen Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP). Gegen diese hat der rot-rote Senat im Dezember gemeinsam mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) bereits in zweiter Instanz eine Klage gewonnen. Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg hat der CGZP die Tariffähigkeit abgesprochen. Um tariffähig zu sein, braucht eine Gewerkschaft eine nennenswerte Zahl von Mitgliedern und muss willig und fähig sein, deren Interessen gegenüber den Arbeitgebern wirksam zu vertreten. Tatsächlich hat die CGZP jedoch Dumping-Tarife vereinbart. Im Falle von Schlecker wird das deutlich: Die Drogeriekette schließt immer mehr ihre kleinen Filialen. Stattdessen baut sie neue soge-

nannte XL-Märkte auf, die offiziell einem anderen Unternehmen gehören. Dort werden Beschäftigte einer Zeitarbeitsfirma eingesetzt, die nur etwa die Hälfte der Schlecker-Angestellten verdienen. Die Folge: Sie können von diesen Löhnen in der Regel nicht leben. Deshalb müssen viele Leiharbeiterinnen und -arbeiter zusätzlich Hartz IV-Leistungen beantragen. Den Sozialversicherungen entgehen dadurch Millionen. Carola Bluhm, Arbeits- und Sozialsenatorin Berlins (DIE LINKE), hat die Bundesregierung aufgefordert, dass diese vorsorglich entgangene Beiträge von CGZP-gebundenen Unternehmen rückfordert, um Verjährungen zu vermeiden. Doch die schwarz-gelbe Regierung wartet auf das nächste Urteil vor dem Bundesarbeitsgericht. Das wiederum kann dauern.

Den Mitgliedsgewerkschaften der CGZP gehen unterdessen die Nerven aus. So hat die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) ange-

sichts der Diskussion um Schlecker die CGZP aufgefordert, keine Tarifverträge mehr unter 7,50 (West) und 7 Euro (Ost) abzuschließen. Andernfalls kündigte die CGM ihren Austritt aus der CGZP an. Und auch bei Schlecker tut sich was. Die Kette verhandelt jetzt mit ver.di über einen Tarifvertrag. Die gemeinsame Arbeit gegen Lohndumping beginnt, Früchte zu tragen.

Katina Schubert

Referentin der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales



SCHLECKER



Rot-Rote Schulreform

Längeres gemeinsames Lernen

Die Überwindung eines Schulsystems, das systematisch einige privilegiert und viele benachteiligt, ist in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten erfolglos versucht worden. Und auch jetzt ist die sofortige Einführung der Gemeinschaftsschule für alle Kinder, in der alle gemeinsam lernen, politisch noch nicht durchsetzbar. Deshalb gehen wir schrittweise vor und schaffen zunächst neben dem Gymnasium die Integrierte Sekundarschule, ergänzt um Gemeinschaftsschulen. Mit der rot-roten Schulreform wird die Gliederung des Schulwesens deutlich reduziert: Es wird nicht nur die Hauptschule abgeschafft,

sondern es entfällt die Aufteilung der Kinder nach Abschlussziel und damit nach Berufs- und Lebensperspektive, weil alle Schulen nach der Grundschule zu allen Abschlüssen bis hin zum Abitur führen

Neben den Gemeinschaftsschulen wird es künftig nach der Grundschule nur noch das Gymnasium sowie die Integrierte Sekundarschule – die Haupt-, Real- und Gesamtschule ersetzt – geben. Diese versteht sich als Schule für Kinder aller Leistungsvoraussetzungen. Sie führt zu allen Schulabschlüssen, zentrale Prüfungen sichern die Gleichwertigkeit der Abschlüsse. Anstatt Kinder in Schubladen zu sortieren, setzt sie auf gemeinsames Lernen und individuelle Förderung. Sie bietet Ganztagsförderung und Möglichkeiten des praktischen Lernens.

Die Integrierten Sekundarschulen werden im Vergleich zu den Gymnasien besser ausgestattet sein und das Abitur - wie bislang - nach 13

Jahren anbieten. Das alles und vor allem die Gewissheit, dass den Kindern bis zur zehnten Klasse alle Möglichkeiten offen stehen, kann sie zu einer attraktiven Alternative zum Gymnasium machen.

Darüber hinaus weiten wir die Gemeinschaftsschulen aus. Sie sind Beispiel, Ziel und Motor der Reform. Indem wir sie fördern, bieten wir denen, die es wollen – und das werden immer mehr – den direkten Weg zum gemeinsamen Lernen von der Einschulung bis zum Schulabschluss.

Sie sind das lebende Beispiel dafür, dass wir nicht im Zwischenschritt stecken bleiben.

Steffen Zillich

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Sekundarschule kommt

Im Schuljahr 2010/2011 werden in Pankow zehn integrierte Sekundarschulen in den vierjährigen Prozess des Übergangs starten.

Alle Schüler der Abgangsklassen der Grundschulen gehen in die integrierten Sekundarschulen. Haupt-, Real- und Gesamtschulen führen die noch vorhandenen Klassen schrittweise zum Abschluss. Nach insgesamt vier Jahren hören die genannten Schulen auf zu unterrichten. Es verbleiben nur die integrierten Sekundarschulen, die

Gymnasien und die Grundschulen. An den Sekundarschulen können die Jugendlichen alle Schulabschlüsse erwerben. Den mittleren Abschluss nach zehn Schuljahren, und mit insgesamt 13 Schuljahren ist das Abitur erreichbar. Diejenigen, die nach zehn Jahren in Ausbildung und Beruf starten wollen, können an den Oberstufenzentren in einem dreijährigen Abschnitt Berufsabschluss und Abitur erwerben. Die Kapazitäten für den Schulabschluss mit dem Abitur

werden damit deutlich erhöht. Eine besondere Aufmerksamkeit verdient die Einführung des Ganztagsbetriebes an vier Wochentagen. Die Schüler sind dann von acht bis 16 Uhr an der Schule. Dieser Schritt ist notwendig, weil mit dem Übergang zur Sekundarschule ein höheres Niveau der schulischen Ausbildung erreicht werden soll. Die Versorgung mit einem Mittagessen bereitet in Pankow keine Probleme. Diese Aufgabe ist schon jetzt gesichert.

Mit Optimismus sicherte die Pankower Bildungsstadträtin Frau Zürn-Kasztantowicz (SPD) zu, dass die notwendigen baulichen Veränderungen schrittweise durchgeführt werden können. Ob auch zum erforderlichen Termin ist nach dem Winter doch mit Fragezeichen verbunden. Die konzeptionelle Arbeit im Bezirk ist mit hohem Niveau gesichert worden. Die Schulverwaltung in Berlin hat bereits mit der Fortbildung der Lehrer begonnen.

Klaus Flemming



Kulturvoll

Werktage

Volker
Braun
Werk
tage
Arbeitsbuch
1977-
1989
Suhrkamp

Ein schwergewichtiges Buch. Nicht nur wegen seiner 998 Seiten. Volker Brauns „Werktage 1. Arbeitsbuch 1977-1989“ sind ein ebenso klarsichtiger wie scharfsinniger Blick auf die intellektuelle Szene der DDR jener Jahre. Vergessenes oder Fastvergessenes wühlt der unbequeme Provokateur da auf. Prompt stellt sich beim Lesen das Gefühl ein, als hätten einen die Ereignisse gerade eben wieder erreicht. Lesen und nicht vergessen. Die Wut, die Hilflosigkeit, die Agonie, die Trauer.

„heute abend wäre premiere GUEVARA gewesen“, notiert Braun. Doch alle Versuche, die Kulturverwalter doch noch umzustimmen, waren vergeblich. Das Deutsche Theater brach die Arbeit an der Inszenierung „Guevara oder Der Sonnenstaat“ ab. Weisung aus dem „hohen Haus“.

Brauns Berichte sind mehr als nur Tagebuchnotizen. Sie geben sehr genau die Befindlichkeiten in jener

kulturpolitischen Eiszeit nach der Ausbürgerung Biermanns wieder. Die Jahre unseres Missvergnügens.

Wir treffen sie alle wieder – jene, die gingen oder abgeschoben wurden - Brasch, Kirsch, Kunert. Aber auch jene, die fast erstickten und dennoch blieben - Fühmann, die Wolfs, Heiner Müller... Illusionslos schreibt Volker Braun: „diese gesellschaft mit ihren losungen und laffen muss einmal auf den grund, sie muß sich zum grunde richten.“ Fragt sich also, was hielt einen so unabhängigen Geist wie Braun selbst noch in diesem untergegangenen Land, „in dem man am besten schreiben und am schwers-ten publizieren kann“?

Er beschreibt es so: „ich bleib im lande und nähre mich im osten. mit meinen sprüchen, die mich den kragen kosten in anderer zeit: noch bin ich auf dem posten. in Wohnungen, geliehn vom magist- rat und eß mich satt, wie ihr, an

der silage. und werde nicht froh in meiner chefetage. die bleibe, die ich suche, ist kein staat. mit zeh- n geboten und mit eisendraht: sähe ich brüder hier und nicht lemuren. wie komm ich durch den winter der strukturen. partei mein fürst: sie hat uns alles gegeben und alles ist noch nicht das leben. das lehen, das ich brauch, wird nicht verge- ben.“

Ziemlich verklärt allerdings schreibt er im Dezember 89 „nun müssen wir poesie nicht aus der zukunft reißen, wir erleben, wie sie in unserem augenblick geboren wird...“ Na, na. Da sind die Gefühle des Überwältigtseins wohl auch mit dem Dialektiker Braun durchgegangen. Aber er nimmt sich nur zwei Wochen später mit einem Eintrag selbst wieder zurück: „aber es bleibt eine geringe spanne zeit. dann werden wir den möglichkeiten nachblicken.“ (Suhrkamp, 998 S., 29,80 Euro)

Gisela Blank

Teuer erkaufter Triumph

Als am Abend des 13. Januar der Neujahrsempfang von Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) begann, trugen die Politiker der CDU und der Grünen süffisant ihren Triumph zur Schau. Es war ihnen bei der kurz zuvor beendeten Fortsetzung der BVV-Tagung gelungen, eine Mehrheit gegen die Benennung des südlichen Antonplatzes nach dem bedeutenden Wirtschaftshistoriker aus der DDR, Jürgen Kuczynski, zusammen zu bringen. Ein zweifelhafter Sieg in letzter Minute nach einem fast drei Jahre laufenden Verfahren, für den so ziemlich jedes Opfer gebracht wurde.

In der Debatte bekannten Dr. Philipp Lengsfeld (CDU), Stefanie Remlinger (Grüne) und Manfred Schülke (SPD) mit freimütiger Kaltschnäuzigkeit, dass das seit Jahren gültige und durch gleich mehrere Beschlüsse der BVV geregelte Verfahren zur Benennung von Straßen, Plätzen und Grünanlagen, das unter anderem eine intensive Bürgerbe-

teiligung und eine Begutachtung durch die bezirkliche Geschichtsarbeit vorsieht, nicht funktioniert haben konnte, wenn am Ende eine Benennung einer Grünanlage nach Kuczynski stehen sollte.

Selten hat sich die Mehrheit der BVV selbst so bereitwillig von ihren Beschlüssen, Gepflogenheiten und Gremien distanziert: Unterstützungsschreiben von hunderten Bürgerinnen und Bürgern - kann man ignorieren. Votum des Kulturausschusses - unwichtig. Historikergutachten - zu vernachlässigen.



Beschlüsse der BVV und des Bezirksamtes - nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind.

Die Grünen-Chefin kündigte sogar die weitere Mitarbeit ihrer Fraktion in der Gedenktafel-Kommission auf.

Welche Folgen dieses Vorgehen über die eigentliche Angelegenheit hinaus, nämlich für die tagtägliche Arbeit haben wird, wird ihr und ihren Verbündeten wohl erst nach und nach deutlich. Neben dem Verlust an politischer Kultur ist wohl auch die Verlässlichkeit der Politik gegenüber der engagierten Bürgerschaft zu Grabe zu tragen.

Nachtrag: Im Siegestaumel beantragten CDU, FDP und Grüne ganz schnell, die Grünanlage nach Tino Schwierzina, dem letzten Bürgermeister Ostberlins, zu benennen. Da die Sozialdemokraten signalisierten, dass sie dieses vergiftete Geschenk nicht annehmen wollten, wurde der Antrag erst einmal vertagt.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter



DIE LINKE vor Rostock

Partei im Blick

Die Delegierten des Bundesparteitages werden im Mai in Rostock einen neuen Parteivorstand wählen. Die jetzigen Parteivorsitzenden Bisky und Lafontaine stehen nicht mehr zur Verfügung. Der langjährige Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch wurde öffentlich demonstriert. Und spätestens das kurz darauf verkündete neue Personaltableau öffnete Tür und Tor für Spekulationen über die Zerrissenheit der jungen Partei DIE LINKE.

Der Parteivorstand ist das politische Führungsgremium, und er trägt damit besondere Verantwortung für den innerparteilichen Umgang und die Streitkultur. Ich erwarte von den Kandidatinnen und Kandidaten hierzu eine Positionierung. Stehen sie für eine offene und produktive Streitkultur um die besseren Positionen oder zählt für sie Loyalität oder Illoyalität gegenüber dem bzw. der Parteivorsitzenden.

Für mich ist eine Geschlechterquotierung der Parteivorstandsmitglieder unabdingbar, eine Ost-West-Quotierung aller Führungspositio-

nen halte ich für falsch. Ich möchte wissen, wo jemand steht und nicht, wo er oder sie herkommt.

Für mich zählen Kompetenzen und inhaltlichen Positionen. Dabei interessiert mich auch, inwieweit die Kandidatinnen und Kandidaten in der Lage und Willens sind Mehrheitspositionen der Partei nach außen zu vertreten.

Nichtsdestotrotz halte ich die Vertretung von Minderheitspositionen ebenso wie die der unterschiedlichen Strömungen für wichtig, denn diese Pluralität kann eine lebendige Diskussion und eine Weiterentwicklung von Positionen befördern.



Richtigstellung

Eine Fragestellung im Interview mit Marion Seelig unter dem Titel „Gewalt ist keine Lösung“ in der letzten Ausgabe der extraDrei suggeriert in für mich nicht hinnehmbarer Weise, dass ich „in der Vergangenheit regelmäßig Demonstrationen angemeldet“ habe, „bei denen es zu Straftaten kam“. Diese Darstellung ist falsch. In den letzten Monaten, insbesondere nach der Silvio-Meier-Demo am 21. November 2009 wurde mir immer wieder von der Springerpresse, CDU und FDP unterstellt, ich würde „linksextremistische“ Demonstrationen anmelden und unserer Partei die LINKE sich nicht ausreichend von „linksextremistischer Gewalt“ distanzieren. Es ist eine Tatsache, dass die Silvio Meier-Demonstration gewaltfrei verlief, das bestätigt ein Bericht des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“, einer Gruppe kritischer Juristinnen und Juristen. Straftaten aus einer Demo heraus

können nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Doch sind sie weder den Organisatorinnen und Organisatoren noch Anmelderinnen und Anmeldern zur Last zu legen, zumal diese auch oft nicht von Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgehen. Straftaten im Umfeld oder nach einer Demonstration dagegen fallen nicht in den Verantwortungsbereich der Anmelderin oder des Anmelders.

Es zeigt sich hierbei sehr deutlich, wie wichtig es ist, verschiedene Informationsquellen über solche Veranstaltungen heranzuziehen, da sonst die Gefahr besteht, die infamen Unterstellungen der Boulevard-Presse 1:1 zu übernehmen. Darüber hinaus wird hier eine Gleichsetzung rechter und vermeintlich linker Gewalt übernommen, damit linke Politik diffamiert und unsere Demonstrationen kriminalisiert. Stattdessen müssen wir uns gegen die Diffamierung von friedlichen Demonstrationen weh-

ren und dürfen uns durch eine aufgezwungene Gewaltdebatte nicht entsolidarisieren lassen. Etwa 140 Menschen wurden seit 1990 bei Übergriffen von rechts in Deutschland getötet, darunter 1992 Silvio Meier. Sein Name steht seitdem stellvertretend für alle Opfer. Die Anmeldung einer alljährlich stattfindenden Gedenkdemonstration durch die LINKE hat eine lange Tradition und ist ein Symbol unserer offensiven antifaschistischen Grundhaltung.

Ich hoffe, dass der jetzige Parteivorstand bis zur Neuwahl einen Programmwurf vorlegt, zu dem sich die einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten positionieren. Es liegt in ihrer Verantwortung, sofern sie gewählt werden, die Programmdebatte zu organisieren, und auch dazu interessieren mich die Vorstellungen.

Ein Parteiprogramm definiert die langfristigen Ziele, es ist die Grundlage für die Entwicklung von detaillierten und umsetzbaren Konzepten im Alltag. Der neue Parteivorstand hat also nicht nur die innerparteiliche Debatte zu organisieren, er trägt auch eine große Verantwortung um die zukünftige Politikfähigkeit und den Gestaltungswillen der Partei DIE LINKE zu sichern. In diese Debatte um transformatische Projekte der LINKEN für den Alltag will ich mich auch zukünftig weiter einbringen.

*Elke Breitenbach
kandidiert als Delegierte für den
Bundesparteitag*



ren und dürfen uns durch eine aufgezwungene Gewaltdebatte nicht entsolidarisieren lassen. Etwa 140 Menschen wurden seit 1990 bei Übergriffen von rechts in Deutschland getötet, darunter 1992 Silvio Meier. Sein Name steht seitdem stellvertretend für alle Opfer. Die Anmeldung einer alljährlich stattfindenden Gedenkdemonstration durch die LINKE hat eine lange Tradition und ist ein Symbol unserer offensiven antifaschistischen Grundhaltung.

*Evrin Baba-Sommer
Mitglied des Abgeordnetenhauses*



Quelle: ALB

Stammtisch

Realos und Fundis

Sonntag im Februar, das Wetter ungemütlich. Was tun? Karl, unser Nachbar, steht an der Pforte. „Kommst Du mit zum Eisernen Gustav?“, seine Frage. Ich dachte schon, wir haben einen neuen Schutzheiligen in unserer Kirche. Er sah mein Erschrecken. „Nein, nein, ich meine unsere heilige Elli“. Nun war alles klar. Unser Stammtisch war frei. Wir saßen noch nicht richtig, fragte Elli: „Wie immer?“ Wir nickten nur. Karl bekam ein großes Bier und einen doppelten Braunen und ich einen Apfelsaft und einen eiskalten Weißen. „Was ist denn bei euch in der LINKEN los?“, fragte Karl. „Die Realos gehen wohl den Fundis an den Kragen? Ihr seid doch die letzte Bastion, die treu zu ihren Standpunkten steht. Oder ist das Ossis gegen Wessis?“ „Na, erst mal Prost“. „Weißt du, Realos sind jene Genossen, die eine gute Arbeit in den Parlamenten leisten. Sie

stehen ständig im Kampf, um Kompromisse im Interesse der Bürger zu erreichen. Man kommt sich näher und manchmal zu nahe. Sie glauben daran, dass durch Reformen die gesellschaftlichen Verhältnisse geändert werden können. Sie brauchen einen fundierten Standpunkt.“ „Einen Klassenstandpunkt?“ „Na, nicht gleich übertreiben. Es genügt, wenn sie bei den Entscheidungen an die Konsequenzen für ihre Wähler denken.“ Karl: „Und die Fundis?“ „Die stehen fest und unbeirrbar auf marxistischen Grundlagen“, meine Erwiderung, „und wenn es sein muss, laufen sie gegen die Wand, bildlich gesprochen.“ „Und daraus ist dieser Konflikt entstanden, der die bürgerlichen Zeitungen zum Jubeln bringt?“ Das ist doch lösbar. „Ein bisschen Parteilehrjahr genügt vielleicht schon“, sein Einwurf. „Kompromisse sind immer notwendig“. „Na ja, und die Fundis

sollen doch ihre Standpunkte beim Regieren erproben, dann merken sie schon, dass es ohne nicht geht.“ „So sehe ich das auch“, meine Ergänzung. „Und im Übrigen hoffe ich, dass mit den neuen Kandidaten für den Parteivorstand erste Lösungen vorgeschlagen wurden“. „Ganz so einfach ist es wohl nicht. Die Nostalgiker sind schon zur Gegenoffensive angetreten. Es geht wohl auch um Ossis gegen Wessis“. „Leider ist die Euphorie des Zusammenschlusses viel zu schnell verfliegen.“ Na, dann Prost!

Klaus Flemming



Hat uns gefreut „(Kein) Zimmer frei“ hieß es bis Januar für unseren Pankower Bundestagsabgeordneten Stefan Liebich im Bundestag. Bisher kannte ich keinen Menschen, der sich auf einen Umzug freut. Seit Januar dieses Jahres kenne ich vier. Monatelang versuchten wir, diesen Zustand mit Humor zu nehmen. Man muss sich nur eine vierköpfige Teamsitzung in einem 12 qm großen, mit Möbeln und Akten voll gestopften Raum mit einer Lauffläche von ca. 1,5 qm vorstellen. So empfing man doch gerne Gäste! Da lachten sogar die Medien. Das Liebich-Team versuchte sich, um Stefan und dem einzigen PC zu drapieren. Keine leichte Übung. Doch das hat sich nun geändert! Am 25. Januar zogen wir in unser neues Büro in Unter den Linden 50, Tel.: 227 73 621, stefan.liebich@bundestag.de. Also - wir sehen uns - dann sogar MIT Schreibtisch!

WANNWOWASWANNWOWASWANN

1. März 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

3. März 17.30 Uhr
31. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow von Berlin, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Bezirksverordnetensaal

8. März 14 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

10. März 19 Uhr
Stadtgespräche mit Marion Seelig, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Thema: Brennende Autos in Berlin - auch eine Gefahr für das Büttzowviertel? Linksextremismus oder „Sozialer Widerstand“,

Betroffenenvertretung, Käthe-Niederkirchner-Straße 12

12. März 10.00-18.00 Uhr
„Der Öffentliche Beschäftigungssektor in Berlin - Praktische Erfahrungen, Vergleiche, Chancen und Grenzen“, Konferenz des Vereins „Helle Panke“ und der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus im Nachbarschaftshaus Urbanstraße 21 (U1 Prinzenstraße/ U7 Südstr.)

15. März 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

17. März 17.30 Uhr
Fortsetzung 31. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow im BVV-Saal, Fröbelstraße 17, Haus 7

18.30 Uhr Buchlesung, zu Gast: Sahra Wagenknecht (angefragt), Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Pistoriusstraße 24

20. März 10 Uhr
2. Tagung der 2. Hauptversammlung der LINKEN Pankow im BVV Saal, Haus 7, Fröbelstr. 17, u.a. Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag und politische Schwerpunkte der LINKEN Pankow bis 2011

24. März 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

29. März 18.00 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

Linksfraktion in der BVV Pankow
Bezirksamt
Fröbelstraße 17, Haus 7,
Fraktionszimmer, Raum 109

DIE LINKE Pankow
Bezirksgeschäftsstelle
Kopenhagener Straße 76,
Nähe S und U Schönhauser Allee

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schatz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Februar 2010
Druck: double express Auflage: 6.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei
erscheint am **6. April 2010**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: „S-Bahnhof Prenzlauer Allee“, Sandra Brunner